Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeiger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise: Die 5spaltige Millimeterzeile für Inserate aus dem Amtsgerichtsbezirk 30 Pfennige, auswärtige 40 Pfennige, Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 50 Pfennige.

Kriegsnummer: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1909

Nr 34 — Mittwoch, den 10. Februar 1932 — 27. Jahrgang

Brünings Forderung in Genf:

Allgemeine Abrüstung und Gleichberechtigung

Der Reichskanzler spricht auf der Abrüstungskonferenz — Tardieu über die sagenhafte bedrohte französische „Sicherheit"

Beginn der Generalaussprache

Genf, 8. Februar. Die Generalaussprache über die allgemeine Abrüstung hat heute begonnen. Die Delegierten sind vollzählich vertreten. In der ersten Reihe, unmittelbar vor der Präsidententribüne hat der deutsche Reichskanzler Dr. Brüning Platz genommen. Um 10 Uhr 15 erteilte der Präsident dem Vertreter Großbritanniens, Außenminister Sir John Simon, das Wort. Er wies auf die Unterschiede des Rüstungsstandes in den einzelnen Ländern hin und beantragte die Einsetzung eines Stichtages als Ausgangspunkt für die Abrüstungskonferenz. Der englische Vertreter bekämpft die französische Sicherheitsthese; er anerkannte das Schema des Konventionsentwurfs als Diskussionsgrundlage. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen legte der britische Vertreter Wert auf die Abschaffung des Gaskrieges und der Unterseeboote.

Sir John Simon

führte aus, die Generationen, die den Krieg mit vollem Bewußtsein erlebten, fingen an, denjenigen Platz zu machen, für die der Krieg nur noch eine Kindheitserinnerung sei. Es sei deshalb jetzt höchste Zeit, die Abrüstung zu fördern. Simon wies auf

die rüstungspolitische Ungleichheit der Staaten

hin. Die einen seien vertraglichen Beschränkungen unterworfen, während für die anderen nur ihre eigene Auffassungen, ihre Bedürfnisse und Verpflichtungen oder die Ansprüche ihrer öffentlichen Meinung maßgebend seien, ohne andere vertraglichen Beschränkungen als jenen Abrüstungsartikel des Völkerbundpaktes. Infolgedessen trete eine zunehmende Divergenz hervor. Um weitere Komplikationen zu vermeiden, sei notwendig, auf vernünftigen Grundsätzen den Begriff eines Stichtages einzuführen, damit die Aufgabe der künftigen Abrüstung in wirksamer Weise gemeinsam unternommen werden könne. Simon erklärte: Die Behauptung, daß der Friede der Welt durch Vorbereitung für den Krieg gesichert werden muß, findet keinen Glauben mehr. Ein hoher Rüstungsstand ist kein Ersatz für Sicherheit. Im besten Falle schafft er die Illusion der Sicherheit auf der einen Stelle, während er gleichzeitig an einer anderen Stelle

das Gefühl der Unsicherheit verschärft.

Die Sicherheit, die wir uns als Ideal vorgesetzt haben, ist Sicherheit für alle, und Sicherheit für alle hängt maßgebend von der Rüstungseinschränkung ab. Rüstungen sind das Symptom eines pathologischen Zustandes.

Simon sagte, daß

die Einschränkung der Rüstungen durch internationale Vereinbarungen

nur auf zwei Wegen, die einzeln oder gleichzeitig beschritten werden könnten, möglich sei. Das eine sei die Methode der Festsetzung von Höchstgrenzen, die andere sei der vertragliche Ausschluß gewisser Werkzeuge oder Methoden. Für beide Behandlungsarten sei als weitere Garantie eine internationale Autorität erforderlich, die effektiv sicherstellt, daß diese Beschränkungen nicht überschritten werden, indem sie Uebertretungsfälle feststellt, und dadurch einen wirksamen Druck der übrigen Welt auf die vertragsbrüchigen Staaten herbeiführt. England sei für diese Behandlungsarten und werde sein Möglichstes tun, um eine Durchführung zu sichern. Beide Methoden seien in dem Konventionsentwurf enthalten, der nach Ansicht der britischen Regierung vorbehaltlich eingehender Prüfung jedes einzelnen Artikels die beste Grundlage der weiteren Arbit bildet.

Die britische Regierung habe

die Frage der Höchstziffer

eingehend geprüft. Sie halte eine weitgehende Herabsetzung der Rüstungen der Welt etwa im Ausmaß von 25 Prozent für einen ausgezeichneten Gedanken. Simon hält es aber für psychologisch richtiger, von vornherein ein Maximum zu bestimmen, das nicht überschritten werden darf. Er erklärt, Zweck der gegenwärtigen Arbeit sei doch, soweit als möglich nicht nur eine Begrenzung, sondern eine Herabsetzung der Rüstungen vorzunehmen. Ueber die am Freitag veröffentlichten

französischen Vorschläge

erklärte er, daß diese mit eingehendster und wohlwollendster Aufmerksamkeit von der britischen Delegation geprüft werden würden. England werde jedoch für alle Aenderungen eintreten, die sich nach sorgfältiger Prüfung als zweckmäßig und brauchbar erweisen und wirklich zur Rüstungsbeschränkung beitragen würden. Er sei überzeugt, daß das Gewissen der Kulturwelt erst dann zur Ruhe kommen werde, wenn alle Praktiken, die dem Rechtsempfinden ins Gesicht schlagen, effektiv verboten werden. Aehnliche Erwägungen seien auch für die Unterseeboote maßgebend. Die Abschaffung der Unterseeboote, das wolle er nicht verheimlichen, würde im Interesse Englands liegen aber nicht im ausschließlichen Interesse. Der englische Vorschlag werde nicht im Interesse der englischen Kampfstärke, sondern

im Interesse der Menschlichkeit und des dauerhaften Friedens

gemacht. Die Verträge von Washington und London müßten nach Auffassung der britischen Regierung bis zu ihrem Ablauf im Dezember 1936 unangetastet bleiben.

Schließlich erklärte Simon: Wir nehmen als Grundlage der künftigen Verhandlungen das allgemeine Schema des Konventionsentwurfes und die Methoden der Rüstungsbegrenzungen durch die Aufstellung von Höchstziffern auf Grund dieses Entwurfes an. Wir sind für die Einsetzung einer ständigen Abrüstungskommission. Wir verlangen die Abschaffung des Gas- und chemischen Krieges, ebenso die Abschaffung der Unterseeboote. Wir lenken unsere Aufmerksamkeit solchen Verboten oder Beschränkungen zu, die geeignet sind, die Angriffsfähigkeit zu schwächen und dadurch zu versuchen, die Angriffe zu beseitigen.

Nach der französischen Uebersetzung der Rede Simons, dem während seiner Rede verschiedentlich und am Schluß besonders lebhafter Beifall geklatscht wurde, bestieg der französische

Kriegsminister Tardieu

die Tribüne. Er betonte zu Anfang seiner Ausführungen, die Aufgabe der Konferenz, eine Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen vorzubereiten, könne nur unter vier Bedingungen erfolgen. Zunächst müsse

die Sicherheit

vorhanden sein, die Durchführung gemeinsamer Aktionen müßte gewährleistet sein, die geographische Lage und die besonderen Verhältnisse müßten berücksichtigt werden. Die Bedingungen, unter denen eine Beschränkung und Herabsetzung der Rüstugen erfolgen könne, seien je nach den Umständen verschieden. In diesem Zusammenhang erklärte Tardieu:

Gleichberechtigung bedeute nicht Gleichmacherei.

Sicherung des Friedens und Herabsetzung der Rüstungen seien nur möglich, wenn ein allgemeines internationales Sicherheits- und Garantiesystem, das für alle Staaten verbindlich sei, eingeführt werde. Dieser Aufgabe dienten die von der französischen Delegation vorgelegten Vorschläge. Tardieu entwickelte dann im einzelnen die französische These. Der Artikel 8 des Völkerbundpaktes behandelt nicht nur die Regelung der Rüstungsfrage, sondern auch die Schaffung kollektiver Sicherheit. Der Artikel 8 sei ein unteilbares Ganzes. Eine Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen sei nur möglich, wenn gleichzeitig der nach französischer Auffassung erforderliche Ausbau der Sicherheitsorganisation des Völkerbundes erfolge.

Frankreich, das bereits eine Herabsetzung seiner Rüstungen vorgenommen habe, sei bereit, für eine ganz bestimmte Zeit eine Begrenzung seines augenblicklichen Rüstungsstandes ohne besondere Bedingungen anzunehmen. Tardieu begründete dann den

Standpunkt der französischen Regierung.

Die Rüstungen lasteten schwer auf der Bevölkerung Frankreichs. Im Vergleich zum Jahre 1913 habe Frankreich seine Effektivstärke um ein Viertel, die Zahl seiner Einheiten um die Hälfte und die Dienstzeit um zwei Drittel gekürzt. Im Gegensatz zu anderen Staaten, die ihre Rüstungen verstärkt hätten. Im Jahre 1919 hätten Großbritannien und die Vereinigten Staaten eine feierliche Erklärung anerkannt, daß

Frankreichs Sicherheit ungenügend

sei. Das französische Volk wolle nichts anderes als den Schutz und die Sicherheit seiner Grenzen. Frankreich habe stets eine großmütige Gesinnung gezeigt, so z. B. als es im Jahre 1930, fünf Jahre vor dem im Versailler Vertrag festgesetzten Termin ein Pfand aus seiner Hand gegeben habe. (Tardieu meint die Rheinlandräumung.) Aus Tardieus Ausführungen ging hervor, daß die französische Delegation die Annahme ihres Programmes als eine wesentliche Vorbedingung für praktische Schritte Frankreichs in der Abrüstungsfrage ansieht. Schließlich erklärte Tardieu, ein Abkommen ohne Organisierung der Sicherheit wäre eine brutale und ungerechte Prämie für die Zahl und die Technik.

Die Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning

Genf, 9. Februar. Nach dem Amerikaner Gibson hielt heute vormittag in Genf im vollbesetzten Völkerbundssaal Reichskanzler Brüning seine mit Spannung erwartete Rede über die Abrüstung. Der Kanzler betonte eingangs die Aufgabe der Abrüstungskonferenz, ihre historische Bedeutung, die Friedenssehnsucht des deutschen Volkes und die Notwendigkeit, gerade in der heutigen Zeit zur Abrüstung zu schreiten.

Das Deutsche Reich, so erklärte der Kanzler dann weiter, für dessen Politik ich die Verantwortung trage, ist bereit, an der vor uns liegenden Aufgabe

mit ganzer Seele mitzuarbeiten.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk fordern nach der eigenen Entwaffnung die allgemeine Abrüstung. Das deutsche Volk erwartet die allgemeine Abrüstung auf dem Boden der Gleichberechtigung und auf der Grundlage gleicher Sicherheit für alle Völker. Die deutsche Delegation kann aber zum Ausgangspunkt der praktischen Arbeit nicht den Konzessionsentwurf nehmen, den die vorbereitende Kommission ausgearbeitet hat. Dieser Entwurf

entspricht nicht den Erfordernissen des Tages;

er ist lückenhaft und schweigt über wesentliche Punkte. Am Schluß der Rede betonte der Kanzler, daß sich das deutsche Volk klar darüber sei, daß nur eine allgemeine, nachhaltige, gleichzeitige, ohne Vorbehalte und Hintergedanken beschlossene und durchgeführte Abrüstung die lähmende Spannung in der Welt beseitigen kann. Es bietet allen Völkern auf dieser Versammlung seine Hand zu gemeinsamer Arbeit an diesem Werke.

Der litauische Rechtsbruch

im Memelgebiet

Für eine Volksabstimmung

Memel, 8. Februar. Unter dem Druck der letzten Ereignisse, die deutlich beweisen, daß Litauen die Memelland-Autonomie völlig zerschlagen will, erhebt sich in der Bevölkerung des Memelgebietes immer deutlicher die Forderung auf Selbstbestimmung durch eine Volksabstimmung. Allgemein ist man der Auffassung, daß im Hinblick auf die früheren zahlreichen Verletzungen des Memelstatuts der jetzt durchgeführte Staatsstreich dem Völkerbundsrat Veranlassung geben müßte, festzustellen, daß Litauen die Bedingungen, unter denen es die Souveränität über das Memelgebiet erhielt, nicht erfüllt hat und daß es infolgedessen seiner Rechte verlustig gegangen ist.

Berlin, 8. Februar. Der Memellandbund, die Organisation der Memelländer in Deutschland, hat ein Schreiben an den Reichspräsidenten gerichtet, in dem eine gänzliche Neuregelung der Memelfrage gefordert wird. In dem Schreiben heißt es, daß Litauen seine